DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

August 2010 N° 7
ISSN 1865-701X

Die verschlungenen Wege der französisch-iranischen Beziehungen

von François Géré

DGAP Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch Stiftung

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Herausgeber:
Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2010 DGAP

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Zusammenfassung / Summary

François Géré

Die verschlungenen Wege der französisch-iranischen Beziehungen

- Während der ersten Phase des Atomkonflikts mit dem Iran zu Beginn des neuen Jahrtausends versuchtE Frankreich, gemeinsam mit Deutschland und Großbritannien – und im Gegensatz zur US-Regierung –, einen »kritischen Dialog« mit dem Iran aufrechtzuerhalten.
- Mit der Wahl von Nicolas Sarkozy zum Staatspräsidenten im Jahr 2007 erfolgt ein Kurswechsel in der französischen Iran-Politik, die von jetzt an von Härte gegenüber der Atompolitik Teherans, aber auch von Unkenntnis über die Entwicklungen im Iran geprägt ist.
- Heute erklärt Frankreich die Nichtverbreitung von Atomwaffen zur strategischen Priorität und möchte die iranische Regierung nach außen isolieren sowie nach innen durch verschärfte internationale Sanktionen schwächen.
- Die Bemühungen Frankreichs um eine breite Unterstützung der Sanktionspolitik gegen den Iran stoßen auf zurückhaltende Reaktionen seitens seiner internationalen Partner, darunter Brasilien und Russland, was einer Umsetzung der strategischen Ziele Frankreichs gegenüber dem Iran im Weg steht.

The tortuous ways of French-Iranian Relations

- During the first phase of the nuclear conflict with Iran at the beginning of the new millennium, France tried to maintain a “critical dialogue” with Iran, together with Germany and Great Britain and in contrast to the US government.
- With the election of Nicolas Sarkozy as President in 2007, France has observed a change of course in its policy towards Iran, which is now characterized by stricter measures vis-à-vis Teheran’s nuclear policy, but also by a certain ignorance of internal developments in Iran.
- Nowadays, France declares non-proliferation of nuclear weapons as a strategic priority and wants to isolate the Iranian government from the outside world and weaken it internally through tougher international sanctions.
- France’s efforts to gain a broader support for its sanctions policy towards Iran created reluctant reactions among its international partners including Brazil and Russia, which prevents France from implementing its strategic objectives towards Iran.

Inhalt

Die Zeit des »kritischen Dialogs« 5

Szenenwechsel: Der Auftritt Sarkozys und Kouchners 8

Strategische Einschätzung 9

Anmerkungen. 11

Die verschlungenen Wege der französisch-iranischen Beziehungen

François Géré

Metaphern aus dem Bereich des Sports sind beim Thema Iran beliebt. Daher soll auch dieser Artikel mit einer solchen beginnen: Um die Annäherung zweier Völker zu fördern, lassen zwei verfeindete Staaten ihre Fußball- oder Rugbynationalmannschaften in einem Freundschaftsspiel gegeneinander antreten. Betrachtet man die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Iran, so scheint es, als träten auf einem nicht klar abgesteckten Spielfeld zwei Mannschaften gegeneinander an, von denen die eine Fußball und die andere Rugby spielt.

Die vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Resolution 1929 konkretisiert und verschärft den durch die drei vorangegangenen Resolutionen aufgebauten juristischen Druck. Schiffe und Flugzeuge, die laut der Resolutionen 1737 und 1747 verbotene Materialien an Bord haben, können fortan am Transport oder der Weiterreise gehindert werden. Als Reaktion verleiht Teheran nicht nur rhetorisch seiner Geringschätzung dieser Beschlüsse Ausdruck, sondern stellt vor allem seine wachsenden nuklearen Fähigkeiten zur Schau, was die Situation verschärft. In einer Erklärung vom 23. Juni 2010 teilt der Direktor der iranischen AtomenergieBehörde, Ali Akbar Saheli, mit, dass der Iran bereits etwa 17 Kilogramm Uran angereichert habe, über eine Anreicherungskapazität von fünf Kilogramm pro Monat verfüge und die Absicht habe, diese Möglichkeit maßvoll zu nutzen. Diese Zahlen stimmen nicht mit den früheren Angaben überein und tragen zur weiteren Verwirrung bei. Dafür ist die Botschaft eindeutig: Teheran hat es in der Hand, seine Produktion zu beschleunigen. Am Ende dieses Jahres könnte der Iran über einen Vorrat von 100 Kilogramm auf 20 Prozent angereichertes Uran verfügen. Dann fehlte lediglich der Beschluss, das Material auf 90 Prozent anzureichern, was natürlich eine Verletzung des Vertrags zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen darstellen und zum Bruch mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) führen würde.

Die Zeit des »kritischen Dialogs«

Als Jacques Chirac 1995 zum französischen Staatspräsidenten gewählt wurde, waren die Beziehungen zwischen Paris und Teheran bereits seit mehreren Jahren angespannt. Die Aufkündigung von Verträgen zwischen dem Iran und westlichen Unternehmen im Bereich der Kernenergie in den siebziger Jahren hatte die traditionelle Freundschaft zwischen Frankreich und dem Iran des Schahs beschädigt.[1] Die Spannungen nahmen zu, als während der islamischen Revolution im Jahr 1979 mehrere vom neuen iranischen Regime bedrohte Oppositionelle in Paris Zuflucht fanden. Zu ihnen gehörten insbesondere Bani Sadr, der von Ajatollah Ali Khamenei gestürzte erste Präsident der Islamischen Republik Iran, und Massoud Rajavi, Chef der Oppositionsbewegung Mudschahedin e-Khalq (Volksmudschahedin) und Präsident des Nationalen Widerstandsrats des Iran. Beide trafen im Sommer 1981 in Paris ein. Die Lage war so angespannt, dass Paris gar eine Geiselnahme der französischen Botschaftsmitarbeiter ähnlich der in der US-Botschaft befürchtete. Teheran hatte mehrfach versucht, den Premierminister des Schahs, Shapour Bakhtiar, der nach Frankreich geflüchtet war, ermorden zu lassen: 1980 in einem gescheiterten Versuch, 1991 dann mit Erfolg.[2] Hinzu kam ein weiterer Vorfall, der nicht nur die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Iran, sondern auch die zwischen Präsident François Mitterrand und seinem Premierminister Jacques Chirac in der Zeit der »cohabitation« (1986–1988) stark belastete: Im November 1987, als Frankreich in Verhandlungen zur Befreiung französischer Geiseln im Libanon stand, forderte der Untersuchungsrichter die Vernehmung des iranischen Diplomaten Wahid Gordji, der im Verdacht stand, das Netzwerk des Tunesiers Fouad Ali Saleh finanziert zu haben. Fouad Ali Saleh wiederum war für blutige Terrorattentate im vorangegangenen Jahr in Paris verantwortlich. Nach seiner Vernehmung durch die Justiz kehrte Gordji als freier Mann in den Iran zurück. Der Iran

soll die Hisbollah unter Druck gesetzt haben, die am 28. November 1987 schließlich die Journalisten Roger Auque und Jean-Louis Normandin freiließ. Die französische Unterstützung des Irak während des irakisch-iranischen Krieges 1981–1988 belastete die bereits angespannte Situation zusätzlich. Nur die Erinnerung an das politische Asyl, das Frankreich dem Revolutionsführer Ajatollah Ruhollah Khomeiny in Neauphle le Château gewährt hatte, und die Unterstützung, die er bei seiner Rückkehr in den Iran aus Paris erhalten hatte, glätteten die Wogen ein wenig. Doch spielte dies lediglich bei den Führern der Revolution, nicht aber bei der jungen Generation eine Rolle.

Im Laufe der neunziger Jahre intensivierten sich die Beziehungen zwischen Paris und Teheran auf Betreiben Jacques Chiracs langsam wieder. Die von Frankreich praktizierte vorsichtige Öffnung war eine Antwort auf die amerikanische Doppelstrategie gegenüber dem Iran und dem Irak. Paris wollte sich den Sanktionen gegen Bagdad nicht anschließen und unterstützte aktiv das Programm der Vereinten Nationen (UN) »Öl gegen Lebensmittel«. Der französische Präsident setzte sich für einen »kritischen Dialog« ein: eine kategorische Ablehnung der iranischen Unterstützung für terroristische Aktivitäten, gepaart mit der Bemühung, die iranische Führung ohne Sanktionen wieder in den Kreis der internationalen Gemeinschaft zurückzuführen. Zentrales Ziel dieser Strategie war die Unterstützung der Aktivitäten der französischen Wirtschaft (insbesondere Total und Peugeot) im Iran in einem Umfeld, in dem selten mit offenen Karten gespielt wurde. Zwar sah das im August 1996 angenommene amerikanische D'Amato-Kennedy-Gesetz Sanktionen gegen Unternehmen vor, die Verträge über mehr als 40 Millionen Dollar mit dem Iran und mit Libyen abschließen, doch enthielt es zahlreiche Möglichkeiten, das Verbot zu umgehen. Die Strategie des Halliburton-Konzerns bot dafür ein beredtes Beispiel: Dieses texanische Erdölunternehmen, das bis zum Jahr 2001 von Richard Cheney, dem späteren Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten in der Regierung von George Bush senior, geleitet wurde, bemühte sich mit Hilfe seiner Niederlassungen entgegen aller gesetzlichen Einschränkungen um Zugang zum Markt der riesigen Off-shore-Lagerstätten von South Pars im Persischen Golf – wenn auch vergebens.[3] Mehr noch: Einer kürzlich erstellten amerikanischen Studie zufolge erhalten Firmen wie Honeywell oder Conoco, die im Iran nach wie vor aktiv sind, auch heute noch von der amerikanischen Regierung Anleihen und Garantien.[4] Die Konkurrenz um den iranischen Markt bleibt also trotz angedrohter Sanktionen hart.

Der zweite Grund für einen »kritischen Dialog« mit dem Iran lag in dem französischen Wunsch, im Mittleren Osten eine komplexe diplomatische Strategie umzusetzen, die keine Entscheidung für eines der Lager erforderte. Frankreich wollte sich die zahlreichen lokalen Divergenzen zunutze machen und ein Gleichgewicht der Kräfte herstellen, um jeweils davon profitieren zu können. Akteur zu bleiben, und wenn schon nicht die wichtigste, dann doch wenigstens eine gewichtige Rolle in der Region zu spielen, das waren die Ziele, die Frankreich in der ersten Phase der Atomkrise in den neunziger Jahren verfolgte.

Drei Monate nach der Wiederwahl Jacques Chiracs im Mai 2002 wurde in Washington die Existenz von kerntechnischen Anlagen in Natanz aufgedeckt, die den Volksmudschahedin zur Urananreicherung dienten. Diese Enthüllung basierte auf Satellitenfotos, die sicherlich von der amerikanischen National Security Agency (NSA) aufgenommen worden waren, und gilt im Allgemeinen als der offizielle Beginn der iranischen Atomkrise. Der Ausbruch der Krise fiel in eine Zeit, in welcher der Irak als bedeutendster Gefahrenherd betrachtet wurde. Seit dem entschiedenen Widerstand Frankreichs gegen militärische Aktionen im Irak war es zum offenen Konflikt zwischen Jacques Chirac und George W. Bush gekommen. Einige Monate vor dem amerikanischen Angriff auf den Irak hatte der französische Außenminister Dominique de Villepin eine Initiative zum Dialog gestartet, die Unterstützung bei anderen europäischen Staaten fand, für die die EU jedoch noch keine angemessenen Mechanismen besaß. Es entstand daher die sogenannte EU-3-Initiative Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens, in welcher der damalige Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), Javier Solana, nur eine Nebenrolle spielte. Der angestoßene Dialog brachte den Iran

zwar dazu, die Urananreicherung im Oktober 2003 auszusetzen, er beruhte jedoch auf einem grundlegenden Missverständnis: Die drei europäischen Länder gingen davon aus, dass die Aussetzung von einer völligen Einstellung der Anreicherung gefolgt würde, während der Iran diese Maßnahme als ein Zeichen seines guten Willens sah, das seinen Anspruch, über eine zivile Atomindustrie zu verfügen, keineswegs in Abrede stellte.

Zum gleichen Zeitpunkt begannen die Vereinigten Staaten ihre Politik von »Zuckerbrot und Peitsche«. Die Methode war unglücklich gewählt, Iraner unterschiedlichster Überzeugung reagierten entrüstet und hatten den Eindruck, ihr Land werde wie ein zweitklassiger Staat behandelt, den der Westen nach eigenem Gutdünken steuern wollte. Die EU-3-Gruppe dagegen und insbesondere Frankreich boten dem Iran an, der Welthandelsorganisation (WTO) beizutreten und mit den neuen Airbus-Modellen Zugang zur Luftfahrttechnik und zu petrochemischen Technologien zu bekommen. Sollte Teheran sämtliche Garantien erbringen, verpflichteten sie sich außerdem, die Entwicklung der iranischen Atomindustrie zu unterstützen. Dieses Angebot war umso wichtiger, als der Iran zwar großer Rohölproduzent war, doch in die Verarbeitung der Derivatprodukte wie Heizöl oder Benzin nicht genügend investiert hatte. Als sich die Präsidenten Chirac und Mohammed Khatami im Mai 2005 in Paris trafen, schien noch alles möglich zu sein, wenn auch der Spielraum gering war. Die iranischen Präsidentschaftswahlen rückten jedoch näher und die politische Zukunft Khatamis galt angesichts der wesentlich konservativeren, mit den Revolutionswächtern verbundenen Kräfte als unsicher. Paris erhielt keinerlei Unterstützung aus Washington, wo die Minister Cheney und Donald Rumsfeld jeglichem Abkommen mit einem angeblich zum baldigen Verschwinden verurteilten Regime widersetzte. So ließ man diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen.

Mit der Wahl Mahmud Achmadineshads zum iranischen Präsidenten im Jahre 2005 verschärfte sich die Situation. Von Anfang an präsentierte er sich in seinen öffentlichen Auftritten als treuer geistiger Nachfolger des 1989 verstorbenen Ajatollah Khomeiny und knüpfte an dessen hasserfüllte Tiraden gegen Israel an. Diese eskalierende Rhetorik wurde von den iranischen Bürgern nicht sonderlich geschätzt, sie hatten sich niemals wirklich für Israel interessiert. In der muslimischen Welt dagegen fand sie großen Anklang und trug zu den Schwierigkeiten bei, auf welche die saudische Diplomatie stieß, als sie eine für die arabischen Staaten akzeptable Lösung der Palästina-Frage herbeiführen wollte. In den Vereinigten Staaten und in Europa wurden die antiisraelischen Ausfälle als Drohungen in direktem Zusammenhang mit der atomaren Bewaffnung verstanden. Bundeskanzlerin Angela Merkel reagierte aufrichtig empört: sie verstärkte die Beziehungen ihres Landes zu Israel und trat mit größerer Entschlossenheit als ihr Vorgänger Gerhard Schröder für Sanktionen ein. Auf Weisung des Obersten Rechtsgelehrten Ali Khamenei beschloss Machmud Achmadineshad, die Urananreicherung wieder aufzunehmen. Das Thema Iran wurde erneut an den UN-Sicherheitsrat verwiesen, der mit den Resolutionen 1737 (Dezember 2006) und 1747 (März 2007) begrenzte Sanktionen beschloss.

Für den Iran legten die Verhandlungen im Sicherheitsrat den Einfluss der einzelnen Teilnehmer offen: die Position Frankreichs innerhalb der Europäischen Union, aber auch die Stellung der EU gegenüber den Vereinigten Staaten. Javier Solanas Versuch vom Juni 2008, im Namen der 5+1-Gruppe (die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats plus Deutschland) einen Dialog einzuleiten, basierte auf einem umfassenden Dokument. Die Bush-Administration weigerte sich jedoch, sich auf Sicherheitsgarantien einzulassen. Javier Solana enttäuschte Teheran, da er aufgrund der fehlenden Strukturen keine unabhängige Diplomatie der Mitgliedstaaten der EU herbeiführen konnte und, was noch schwerer wog, die Vereinigten Staaten nicht auf seine Seite gebracht hatte. Einmal mehr schien es, dass mit ihrem ökonomischen Einfluss und ihrer militärischen Stärke die USA allein den Schlüssel für eine Lösung des Problems in der Hand hielten.

Szenenwechsel: Der Auftritt Sarkozys und Kouchners

Nach der Wahl Nicolas Sarkozys im Mai 2007 schlug Frankreich eine neue Richtung ein. Der neue französische Präsident bekundete seine Absicht, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zu Israel enger zu gestalten; die Presse sprach sogar von einem »Neokonservatismus französischer Machart«. In Bezug auf den Iran räumte Paris nunmehr der Atomkrise absolute Priorität ein und stellte die Frage der Sicherheit des Iran in den Hintergrund. So erklärte der Präsident, dass ein Zugang Teherans zu Atomwaffen »nicht zu akzeptieren«[5] sei, gleichzeitig versuchte er jedoch, die Alternative Bombe oder Bombardierung zu vermeiden. Einige Tage später allerdings scheute sich Außenminister Bernard Kouchner nicht, von der Gefahr eines Krieges zu sprechen. Dieser Richtungswechsel war von grundlegender Bedeutung, denn die gesamte französische Diplomatie folgte der neuen Linie: Sie vertrat nunmehr die Ansicht, dass es das wichtigste Ziel des Iran sei, sich Zugang zu Kernwaffen zu verschaffen, um sich so die Vorherrschaft in der Region zu sichern. Es ist im Übrigen nicht gesagt, dass manche Vertreter der iranischen Führung die Dinge nicht ähnlich sahen; die Erklärung eines hohen iranischen Beamten im Februar 2009, in der er die Existenz Bahrains in Frage stellte, macht dies deutlich. Die Beziehungen Irans mit den nahen Nachbarn blieben heikel und sind durch eine Mischung aus Angst und Anziehung geprägt. Doch trotz des Streits um die Inseln Greater Tumb und Lesser Tumb wickeln beispielsweise die Vereinigten Arabischen Emirate nach wie vor den größten Teil ihres Handels mit dem Iran ab. Als Gegenleistung unterstützt der Iran deren Wachstum, mitunter leistet er gar, wie im Falle Dubais, einen Beitrag zur Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten seiner Nachbarstaaten.

Die neue Position Frankreichs entspricht einem Wandel der Haltung des Außenministeriums, die vor allem auf Ebene der politischen Führungskräfte von einer zunehmenden Feindseligkeit gegenüber dem Iran geprägt war. Mehrere Faktoren erklären diese Veränderung. Der wichtigste ist die Entscheidung, im Gegensatz zu den ausgewogenen regionalen Ansätzen der Zeit zwischen 1960 und 2000 die Nichtverbreitung von Atomwaffen zur strategischen Priorität zu erklären. Gegenüber den Einwänden, dass die nationale Sicherheit Frankreichs dank seiner Abschreckungskapazitäten nicht in Frage gestellt sei, machen zahlreiche Experten geltend, dass ein nuklear aufgerüsteter Iran eine verhängnisvolle Welle der Verbreitung von Kernwaffen im Mittleren Osten, beispielsweise in Saudi-Arabien, Ägypten oder der Türkei, nach sich zöge. Die neue Feindseligkeit Frankreichs gegenüber dem Iran resultiert auch aus dem Frust über den Misserfolg der EU-3-Gruppe sowie aus der Gereiztheit angesichts der immer aggressiveren und zunehmend schulmeisterlichen iranischen Rhetorik. Hohe Beamte der französischen Verwaltung verdächtigen den Iran des ständigen Lügens, um für den Zugang zu Kernwaffen Zeit zu gewinnen. Keiner von ihnen glaubt mehr daran, dass der Iran ehrliche Absichten hegen könnte. Diplomaten und Experten interpretieren die Zielsetzung Teherans unterschiedlich. Die Einen gehen von der Annahme aus, dass der Iran sich als »Schwellenland« positionieren und sich in dieser Stellung je nach Beurteilung seiner Sicherheitsbedingungen auf Dauer einrichten wolle. Die Anderen meinen dagegen, dass der Iran nach atomaren Raketen strebe und damit nicht nur seine Nachbarn und Israel, sondern auch Europa und langfristig sogar das Territorium der Vereinigten Staaten von Amerika bedrohe. Dieser Standpunkt entspricht der damaligen strategischen Sichtweise der Amerikaner, die dies als Argument für die Entwicklung ihrer Raketenabwehr anführten.

In Frankreich löste der Wandel der offiziellen französischen Position keinerlei politische Polemik aus. Das Regime »der Mullahs« stößt in Frankreich weder bei der Rechten noch bei der Linken auf Sympathien. Der Iran wird als eine Art klerikale Diktatur wahrgenommen, in die Menschenrechte missachtet und Frauen unterdrückt werden. Zudem verfügen französische Abgeordnete und Medienvertreter, von Ausnahmen abgesehen, lediglich über rudimentäre Kenntnisse der politischen Situation im Iran. Sie nehmen die mitunter entmutigende Komplexität des Spiels zwischen den Machtzentren nicht wahr, und nur wenige nehmen sich die Zeit, um sich mit der Bedeutung der beiden Begriffe »Republik« und »islamisch« auseinanderzusetzen.[6] Die französischen Kommentatoren halten oftmals

den Präsidenten der Iranischen Republik für den Staatschef und vergessen dabei, dass die Macht in den Händen des Obersten Rechtsgelehrten liegt. Aufgrund der zunehmend proisraelischen Haltung der in den französischen Medien auftretenden Intellektuellen wird diese konsensuelle Feindseligkeit noch verstärkt. Und letztendlich legitimieren die Äußerungen des iranischen Präsidenten diese allgemeine Missbilligung. Auf der einen wie auf der anderen Seite wird Schwarzweißmalerei betrieben, und die öffentlichen Stellungnahmen werden immer radikaler.

Strategische Einschätzung

Durch all diese Diskussionen zieht sich die Frage, was der Iran mit Atomwaffen wohl tun könnte, wenn er denn welche besäße. Einige Wochen vor dem Ende seiner Amtszeit im Jahr 2007 hatte Jacques Chirac auf diese Frage mit dem Argument der ruhigen Abschreckung geantwortet und in einem inoffiziellen Gespräch mit amerikanischen Journalisten Zweifel daran geäußert, dass die Iraner mit ihrer Bombe etwas anderes tun könnten als ihr Territorium unangreifbar zu machen. Einen Angriff auf Israel schloss er aus, da Israel in der Lage sei, mit zerstörerischer Wirkung sofort zurückschlagen. Chirac folgte damit der Logik der Strategie der nuklaren Abschreckung und glaubte keineswegs an einen mörderischen Wahn der religiösen Führer. Diese Überzeugung wurde von Israel natürlich nicht geteilt, keiner wollte dort auf die »rationalisierende Tugend des Atoms«[7] setzen. Sarkozy dagegen hat sich die israelische Sichtweise zu Eigen gemacht. Er verabschiedete sich von der Zurückhaltung seiner Vorgänger und erwähnte den Iran ausdrücklich in seiner ersten Rede zur Nukleardoktrin am 21. März 2008 in Cherbourg: »Es geht sehr wohl um die Sicherheit Europas. Angesichts der Weiterverbreitung von Atomwaffen muss die internationale Gemeinschaft einig und entschlossen sein.«[8] Der Inbetriebnahme des mit 300 Militärangehörigen bescheidenen französischen Militärstützpunktes von Abu Dhabi im Mai 2009 kam angesichts der angespannten Lage eine ganz neue Bedeutung zu. Dass dieses Projekt aus dem Jahr 1991 stammte, als Frankreich erkannt hatte, dass es in einer höchst instabilen Region nicht präsent war, spielt dabei keine Rolle. Bei genauerer Betrachtung der strengen Nutzungsbedingungen für die Militärbasis wird jedoch schnell klar, dass trotz seiner Lage direkt vor der iranischen Küste das offensive Potenzial des Stützpunkts sehr gering ist. Trotzdem ist er als Basis für die gesamte Region von Bedeutung.

Wer sich ein Bild von der Entwicklung der Strategie der französischen Regierung machen möchte, muss lediglich die Beziehungen zwischen Paris und der Internationalen Atomenergieorganisation beobachten. Sie sind ein getreues Spiegelbild dieser Entwicklung. Im Jahr 2002 zeigte sich Frankreich zwar angesichts der Handlungsunfähigkeit der IAEO in Bezug auf die Natanz-Anlage besorgt, obwohl diese aufgrund des Status der Anlage an einem nicht deklarierten Standort nicht aktiv werden konnte. Zugleich war Frankreich jedoch für Hans Blix und Mohammed al-Baradei eine solide Hilfe in ihrer Inspektionsaufgabe für den Irak, bei der sie zu dem Ergebnis gelangten, dass es kein neues Programm von Massenvernichtungswaffen gab. Gleichzeitig war der Generaldirektor der IAEO, al-Baradei, zum roten Tuch für die Bush-Administration und ab 2008, nachdem Paris im August dessen Initiativen öffentlich missbilligt hatte, auch zur Zielscheibe der französischen Diplomatie geworden. Al-Baradei verfolgte das Ziel, mehr Informationen vom Iran zu erhalten, und war dafür bereit, harte Sanktionen zu vermeiden. Er wollte seine Berichte, die er der IAEO regelmäßig vorlegte, für Verhandlungen nutzen. Dies bedeutet nicht, dass er die Grenzen seiner Befugnisse überschritten hätte. Und doch beschuldigte ihn Außenminister Bernard Kouchner schließlich, unvollständige Berichte geliefert zu haben. Ganz allgemein kritisierten die westlichen Staaten, Frankreich eingeschlossen, die Arbeit der Agentur ständig, während diese ihre Mission durchaus erfüllte, wie ihre Kontrolle über den zur Plutoniumherstellung geeigneten Schwerwasserreaktor von Arak beweist.

Letztlich hat sich die Qualität der französischen Analyse verschlechtert. Die Pariser Experten und Diplomaten schenken der politischen und sozialen Bedeutung der Machtübernahme durch die Pasdaran, die iranischen Revolutionswächter, kaum noch Aufmerksamkeit. Es handelt sich dabei um eine neue, aus laizistischen und gleichzeitig reli-

giösen Ingenieuren hervorgegangene Generation von Führungskräften, die den Westen nicht kennen, aber die benachbarten Ländern besucht haben und deren Vision einer iranzentrierten Welt sich aus finsterem Nationalismus und technokratischem Autoritarismus speist. Die französische Analyse der Entwicklung der iranischen Wirtschaft wird zu stark von der Sanktionsstrategie bestimmt und geht zu wenig auf die insgesamt sehr komplexe und seit der Wahl Ahmadinedschads zunehmend chaotische Struktur ein. Frankreich versucht nicht mehr, sich auf die zahllosen Widersprüche des politischen Systems des Iran einzulassen, um aus ihnen Gewinn zu ziehen. Das politische Chaos, das im Iran seit Juni 2009 herrscht, erschwert den Dialog zusätzlich. Das Problem ist nun nicht mehr der Charakter des Regimes, sondern die Legitimität des Gesprächspartners. Wie kann man einem Vorschlag Glauben schenken, der sofort von anderer Seite widerrufen wird? Hat der Oberste Rechtsgelehrte das Land noch im Griff, und wenn ja, auf welcher politischen Grundlage und mit welchen internationalen Zielen? Nach den iranischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 war Nicolas Sarkozy der Erste, der von »grober Wahlfälschung« sprach, während Washington wesentlich zurückhaltender reagierte. Es ließ sich der Eindruck gewinnen, dass Paris bei dieser Gelegenheit die Existenz einer demokratischen Bewegung und eines wahren Pluralismus entdeckte, die es in einem diskreten Dialog und im Geheimen längst hätte unterstützen müssen. Die Analyse dieser Bewegung fiel allenfalls oberflächlich aus, denn Hussein Mussawi, ein Anhänger des ehemaligen Präsidenten Khatami, ist weder ein liberaler Politiker noch eine charismatische Führungspersönlichkeit, die dem Lauf der Geschichte eine andere Richtung geben könnte, wie in Frankreich behauptet wurde.

Die heutigen französisch-iranischen Beziehungen sind geprägt von einer minimalistischen Diplomatie und nahezu täglichen kleinlichen Böswilligkeiten. Den Spannungen und der relativen Unkenntnis über den Iran in Frankreich zum Trotz bestehen inoffizielle Kontakte auch weiterhin, und sei es nur wegen noch zu regelnder juristischer Auseinandersetzungen. Dies betrifft z. B. die Residenz von führenden Vertretern der iranischen Oppositionsbewegung »Volksmudschahedin« in Frankreich, die für Teheran eine Quelle ständigen Ärgers darstellt. Diese als terroristisch eingestufte Organisation verfügt über ein politisches Aushängeschild, den Nationalen Widerstandsrat des Iran unter der Leitung von Mariam Radschawi, die auch beim Europäischen Parlament sehr angesehen ist. Als 2008 ein britisches Gericht entschied, die Organisation nicht mehr als terroristisch einzustufen, befürchtete man in Teheran, dass Paris entgegen seiner bisher relativ harten Politik ebenfalls so entscheiden könnte.[9] Die französische Diplomatie war aber weiterhin darauf bedacht, sich für nicht demokratische Oppositionskräfte im Iran nicht offen zu engagieren.

Inzwischen hat die französische Diplomatie folgenden formalen Diskurs entwickelt: Sie spricht einerseits vom Iran als einem großen Land mit einer weit zurückreichenden Kulturgeschichte, die den größten Respekt verdiene; andererseits betont sie, dass Paris keine Konfrontation mit Teheran wolle, jedoch verlange, dass die iranische Führung endlich die vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Resolutionen einhalte. Hinter dieser Rhetorik, die deutlich zwischen dem Volk und seiner Kultur auf der einen Seite und der iranischen Führung und deren illegalen Aktionen auf der anderen Seite unterscheidet, steht die französische Absicht, die iranische Regierung nach außen zu isolieren und nach innen durch verschärfte Sanktionen zu schwächen. Es geht dabei nicht mehr nur um Sanktionen, die auf Personen, Unternehmen und Finanzinstitute abzielen, sondern um solche, die sensible Versorgungsbereiche blockieren. Zudem soll ein Embargo über das gesamte iranische Bankensystem verhängt werden, um die wichtigsten Transaktionen zu verhindern. Während Teheran unterdessen auf die Spaltung der 5+1-Gruppe setzt, will Paris das Lager der Befürworter von Sanktionen zusammenschweißen, eine geschlossene Front bilden und wie im September 2009 auf dem Gipfeltreffen von Pittsburgh bei der Bekanntgabe, dass eine Urananreicherungsanlage in Fordoo bei Qom existiert, taktische Divergenzen unter den Tisch kehren.

Frankreichs Diplomatie ist um Unterstützung für ihre Strategie der verschärften Sanktionen bemüht: Bei seinem Besuch im Februar 2010 in Paris wurde der chinesische Außenminister vom französischen Staatspräsidenten aufgefordert, die Sanktionen

zu unterstützen, was der chinesischen Position grundsätzlich und aus Nützlichkeitserwägungen heraus widersprach. Im März 2010 forderte Nicolas Sarkozy von Hillary Clinton ebenfalls eine entschiedenere Unterstützung für verschärfte Sanktionen und sein Besuch in den Vereinigten Staaten im April 2010 diente unter anderem dem Ziel, Barack Obama dafür zu gewinnen, der Iran-Frage Vorrang vor dem israelisch-palästinensischen Konflikt einzuräumen.

Es ist jedoch fraglich, ob diese Strategie realistisch ist, solange Russland, China, Indien, Japan und sogar Brasilien – Frankreichs wichtiger Partner, der allerdings von der Vergrößerung seines Handelsvolumens mit dem Iran profitiert – die französischen Intentionen in keiner Weise teilen. Und auch die Vereinigten Arabischen Emirate sind trotz ihres Misstrauens gegenüber den iranischen Machthabern nicht bereit, die umfassenden Handelsbeziehungen mit dem Iran einzuschränken. All diese Länder sind gegen die Anwendung von Gewalt und für die Fortsetzung des Dialogs, der letztendlich zur Kompromissfindung führen soll. Bedeutendes Beispiel hierfür ist Brasilien, das am 16. Mai 2010 mit Teheran ein Abkommen über die Lieferung von 1200 Kilogramm schwach angereichertem Uran in die Türkei abgeschlossen hat und sich damit der französischen Strategie nicht anschließt. Besorgt um seine besonders guten Beziehungen zu Brasilia hütete sich Paris jedoch, offen Kritik an der brasilianischen Initiative zu üben, während es sich gleichzeitig gemeinsam mit den Vereinigten Staaten für ein einstimmiges Votum der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates stark gemacht hat, um die Annahme der Resolution 1929, der vierten Welle der UN-Sanktionen gegen den Iran, zu erreichen. Gleichzeitig brachte die Freilassung der Doktorandin Clotilde Reiss im Frühjahr 2010, die mit der Rückkehr des Ingenieurs Kakavian und des in Frankreich wegen Mordes verurteilten ehemaligen Agenten Ali Vakili Rad in den Iran einherging, Frankreich auf den Boden der Realität der begrenzten Einflussmöglichkeiten zurück.[10]

Francois Géré ist Forschungsdirektor an der Universität Paris 3 und Präsident des Institut français d'analyse stratégique. Aus seiner Feder stammen Le nucléaire iranien, les tourments perses (Lignes de repère, 2006) und Iran, l'état de crise (Karthala/Lignes de repère, 2010).
Für den Inhalt dieses Artikels, der auf den Erfahrungen von ca. fünfzehn Reisen in den Iran zwischen Februar 2003 und Juni 2009 beruht, ist allein der Autor verantwortlich.

Anmerkungen

1 Der Schah wollte in seinem Land die Kernindustrie weiterentwickeln. So schloss sich der Iran einem europäischen Projekt zur Errichtung einer Anlage zur Urananreicherung auf 10 Prozent an. Es wurden Gelder nach Frankreich überwiesen, doch die kritischen Stimmen waren inzwischen so laut geworden, dass der iranische Premierminister Shapour Bakhtiar den Vertrag im Januar 1979, noch vor der Revolution, kündigte. Das neue Regime verlangte anschließend die Rückerstattung der Zahlungen. Dies war der Beginn der Spannungen zwischen Frankreich und der Islamischen Republik, die nunmehr vom Ajatollah Ruhollah Khomeini geführt wurde. Zu diesem Punkt vgl. Georges Laury, Le seuil nucléaire. Stratégie, prolifération, contrôle, Paris 1991.

2 Der erste Mörder, Anis Naccache, wurde in Frankreich zu lebenslanger Haft verurteilt und 1990 begnadigt. Der zweite, Ali Vakili Rad, wurde 1994 verurteilt und im Mai 2010 nach Verbüßen seiner Mindeststrafe von 18 Jahren ausgewiesen.

3 François Géré, Iran, l'état de crise, Paris 2010, S. 47.

4 Jo Becker und Ron Nixon, Sanctions against Iran undermined by contracts, in: New York Times, 7.3.2010.

5 Rede Nicolas Sarkozys am 27.8.2007 vor der Botschafterkonferenz in Paris.

6 Auswärtiger Ausschuss der Nationalversammlung (Hrsg.), L'Iran à la croisée des chemin, Informationsbericht Nr. 1324 (Jean-Louis Bianco, Präsident; Marc Roubaud, Berichterstatter), Paris, Dezember 2008, <www.assemblee-nationale.fr/13/rap-info/i1324.asp>.

7 General Lucien Poirier in einem Interview mit der Zeitung Le monde am 27.5.2006.

8 Nicolas Sarkozy, Rede aus Anlass der Vorstellung des strategischen Atom-U-Bootes mit Interkontinentalraketen »Le Terrible«, Cherbourg, 21.3.2010, <http://www.elysee.fr/president/les-actualites/discours/2008/presentation-du-sous-marin-nucleaire-lanceur.1944.html>.

9 2003 beschlagnahmte die französische Polizei bei einer Razzia in Auvers sur Oise beträchtliche Geldbeträge. Nicolas Sarkozy war zum damaligen Zeitpunkt Innenminister.

10 Der Ingenieur Kakavian wurde nicht an die Vereinigten Staaten ausgeliefert, sondern kehrte am 15.5.2010 in den Iran zurück. Ali Vakili Rad wurde nach Absitzen seiner Mindeststrafe am 18.5.2010 in den Iran ausgewiesen, während Clotilde Reiss, die zu einer hohen Geldbuße verurteilt wurde, am 16.5.2010 nach Frankreich zurückkehren konnte.